

Der Deutsche Metallarbeiter

Ercheint wöchentlich Samstags. Abonnementpreis durch die Post bezogen vierteljährlich 10000.— M. Anzeigenpreis: Die 6 gespalt. Millimeterzeile für Arbeitsgesuche 800.— M. Geschäfts- u. Privatanzeigen 1000.— M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Duisburg, Stapelfor 17, Fernruf 3366 und 3357. Schluß der Redaktion: Freitags morgens 11 Uhr. Zuschriften u. Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 32/33

Duisburg, Mitte August 1923

24. Jahrgang

Zum Tag der deutschen Reichsverfassung

Verfassungen bilden, heißt bei einem alten Volke wie das Deutsche, das seit zweitausend Jahren eine ehrenvolle Stelle in der Geschichte einnimmt, nicht sie aus nichts erschaffen, sondern den vorhandenen Zustand der Dinge untersuchen, um eine Regel anzufinden, die ihn ordnet; und allein dadurch, daß man das Gegenwärtige aus dem Vergangenen entwickelt, kann man ihm eine Dauer für die Zukunft sichern und vermehren, daß die zu bildende Institution nicht eine abenteuerliche Erscheinung werde, ohne eine Wirklichkeit ihrer Dauer zu haben weder in der Vergangenheit noch in der Zukunft.
Freiherr vom und zum Stein 1816.

Der 11. August ist als Gedenktag des Schaffens der neuen deutschen Reichsverfassung von 1919 auszuzeichnen. Wenn wir als Organisation diesem Tage einige Worte widmen, so kann uns gar nichts ferner liegen als irgendeine parteipolitische Einstellung; denn die Frage der Verfassung und unsers deutschen Staates ist keine Frage dieser oder jener Partei, sondern eine Frage, an der jeder deutsche Staatsbürger gleichmäßig interessiert ist oder wenigstens sein sollte. Es kommt in diesem Zusammenhange auch weniger darauf an, wer die Verfassung geschaffen hat, als vielmehr, was durch sie geschaffen und erreicht worden ist.

Siehe, der Redner an das deutsche Volk in der furchtbaren Zeit des Zusammenbruchs von 1806, hat einmal jubelnd in das damalige Chaos hineingerufen: „Mit uns gehet, mehr als mit irgendeinem Zeitalter, seitdem es Weltgeschichte gibt, die Zeit Kleinstschritte“. Er fand seine Zeit lebenswert nicht wegen ihrer Größe, aber wegen der Größe der Aufgaben, die sie stellte. Es war damals eine Zeit innerer und äußerer Umformung in einem relativ gleich großen Ausmaß wie heute.

Heute nach hundert Jahren muß wiederum einmal die Uhr des deutschen Volkes richtiggestellt werden. Wir hatten uns verirrt und durch den „Geist der Zeit“ auf eine Bahn führen lassen; an der wir feilsch und körperlich zerbrechen mußten. Das neunzehnte Jahrhundert wollte in seinem faustischen Drang Gott aus dem Himmel holen und in das Räuberwerk der Maschine einpressen. An der Verachtung des Geistigen ist es zugrunde gegangen. Wo aber einmal der Geist veralteter Formen entwichen ist, da kann keine menschliche Kraft ihn wieder einblasen. Darum müssen die Formen zur rechten Zeit nach den neuen Entwicklungen umgebildet werden, wenn die Form nicht zerbrechen soll. Denn alle menschlichen Einrichtungen erhalten ihren Wert erst durch das Verhältnis, in dem sie zu den Anschauungen der rasch fortschreitenden Zeit stehen.

So sollte auch dem nachrevolutionären Staat ein neuer Geist eingeblasen, eine neue Form gegeben werden. Ob dies gelungen? Mensch und Menschengesühl, engbrüstiger Parteidogmatismus und deutsche Kleinräumeri, sind ja oft stärker als die sogenannten Notwendigkeiten der Zeit.

Das Bild, die Wippenkarte jedes modernen Staates ist seine Verfassung. Aber die Verfassung ist auch nur eine leere Form, die ihren Inhalt erst erhält aus dem Geist und dem Leben einer Nation. Eine Verfassung ist, wenn sie wertvoll sein soll, der Niederschlag des Ethos eines Volkes.

Es kann keine wahre und echte Verfassung geben ohne den großen sittlichen Gedanken der Gemeinschaft. Und unter diesem Gesichtswinkel gesehen, rundet die neue deutsche Weimarer Verfassung den Ring des inneren Zusammenstehens und der Gleichberechtigung — nicht der Gleichmäßigkeit — aller Staatsbürger.

Es ist eine symptomatische Erscheinung der Weltgeschichte, daß in Zeiten gewaltiger Katastrophen und Völkervermalmungen der Geist wieder anknüpft an die höchsten sittlichen Prinzipien. Er sieht eben, daß die materialistische Geschichtsauffassung und die Entseelung ihm nicht helfen können, so greift er denn bittend durch die Wolken und verknüpft sein Schicksal gewissermaßen mit dem Walten des obersten Weltenrichters. Wie der Geist eines Volkes dann für sich Gerechtigkeit fordert im Bereich der übrigen Völker, so will er auch dem einzelnen seiner Glieder Gerechtigkeit widerfahren lassen. (Die saturierte Gesellschaft wird immer zersplitternd und zerlegend sein und Teile des Volkes unterdrücken.)

Es gibt eine Reihe festsamer Analogien in den zwei Verfassungen, die nach Zusammenbrüchen gegeben wurden, in der Steinischen Verfassung für Preußen nach 1806 und in der Weimarer von 1919, aber es sind mehr als nur Analogien, es sind Schicksalsbestimmungen im Leben eines Volkes. In beiden Zeitaltern vollkommener Zusammenbruch äußerer politischer Macht und geistiger Anschauung. In beiden Zeitaltern rechtliche Ausschaltung weiter Teile des Volkes, ungeordnete Bevorzugung anderer Stände. Damals waren die Bauern unfrei, das Gewerbe eingengt, die Bürgerschaft von der Mitverwaltung der Städte ausgeschlossen. In unserer Zeit war die Arbeiterchaft gezwungen, am Rande der Heerstraße der gesellschaftlichen Rechte einherzugehen, die Menschenrechte gehörten (nach Tülle) in die Rumpfkammer, das Koalitionsrecht war eingengt, das Wahlrecht in Preußen war dreiklassenmäßig aufgeteilt, der Arbeiter praktisch vom Aufstieg ausgeschlossen. Da setzten beide Reformen ein und die Verfassung gab den Weg, die brachliegenden Kräfte im Interesse der Gesamtheit einzugliedern und zur Mitarbeit heranzuziehen. Damals wurde durchgesetzt die Bauernbefreiung, Freigabe des Eigentums und Gewerbes, Durchbrechung der altständischen Vorrechte und Schranken, Zuteilung der Wemter nach Begabung, zentralistische Verfassung. Die Weimarer Verfassung gab die politische Gleichberechtigung allen Staatsbürgern, sie gab wirtschaftliche und soziale Mitarbeit für alle beseitigten Kräfte im jeweiligen Wirtschaftskörper, sie gab den Arbeitern und Angestellten zur Wahrnehmung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen die Betriebs-, Arbeiter- oder Angestelltenräte mit ihrem Gesamtaufbau, sie verteilte und erweiterte das Arbeitsrecht, sie stellte die Arbeit über das Gesamtwohl über die privaten Interessen.

Unsere neue deutsche Verfassung ist z. B. in der Wertehätzung der Person und ihrer sittlichen Rechte, der Arbeit für das Gesamtwohl, das Veranstellen der Gesamtinteressen über die privaten Einzelinteressen so durchdränkt vom christlichen Geiste (wenn auch der Name nicht genannt wird), und vom Geiste der christlichen Gewerkschaften, daß sie ohne die Hilfe dieser beiden Faktoren in solchem Aufbau gar nicht möglich gewesen wäre. Hier haben wiederum der utopische Marxismus und seine Anhänger vor dem Ideal und der Realität echter christlicher Demokratie die Segel streichen müssen.

Die Verfassung von Weimar ist auch ganz etwas anderes als die Frucht der Revolution von 1918. Wäre sie wirklich die Frucht der Revolution, wäre sie aus ihrem Geiste geboren, so wäre höchstens eine bolschewistische Diktatur des Proletariats zustande gekommen nach dem Beispiele und Vorbild Rußlands, aber niemals eine auf dem Boden der Demokratie sich aufbauende, Rechte und Pflichten verteilende politische Gleichberechtigung und wirtschaftliche Mitbestimmung schaffende Verfassung geworden.

Unsere Verfassung ist kein vollkommenes Gebilde, dazu mußte sie zu schnell geschaffen werden. Aber wir als Arbeiter sollten nicht vergessen, was uns durch die Weimarer Verfassung an Rechten gegeben worden ist. Das bedeutet ein Ausmaß von Betätigungsmöglichkeiten, vor denen anfänglich doch der Arbeiterschaft ein wenig bangen zu Muten werden kann.

Die Arbeiterschaft wird als vollwertiger politischer, sozialer u. wirtschaftlicher Faktor in den Gesamtkreis der Völker hineingestellt. Auf ihn kommt es an, ob er die Kraft besitzt, sich darin zu bewähren, ob er mit Vernunft und Ueberlegung zu Werke geht oder ob er trotz oder besser gerade wegen seines radikalen Ueberwuchers sich eines Tages wieder aus dem Kreis der Gleichberechtigung hinauskomplimentiert findet.

Jede Zeit merzt mit einer folgerichtigen Konsequenz Schwärmer und Stümper aus und läßt sie seitab laufen und untergehen. Nur den Strebenden, Denkenden, Willenden nimmt sie mit. Vergessen wir nicht, daß die Arbeiterschaft von heute, nachdem ihr so viele Rechte gegeben worden sind, streben, denken und wollen muß. Sie muß sich stets bewußt sein, daß Rechte auch Pflichten bedingen und daß vor allem auch die Arbeiterschaft ihre staatsbürgerlichen Pflichten zu erfüllen hat. Ein Teil, und der wird schließlich von der christlichen Gewerkschaftsbewegung gestellt, denkt, strebt und will. Aber ein größerer Teil, wozu auch die sozialistischen Gewerkschaften mehr als beträchtliche Kontingente stellen, bemüht sich, genau das Gegenteil zu tun. Die Arbeiterschaft mag sich doch nicht der Hoffnung hingeben, als ob das die beste Sicherung für die verfassungsmäßig gegebenen Rechte sei.

Die Verfassung wird nur so lange wirkliche Verfassung bleiben, als sie getragen wird von dem lebendigen Willen und der starken Anteilnahme der von ihr umschlossenen Kreise.

Es sind genug Maulwürfe zuwege, denen sie ein Dorn im Auge ist. Den Radikalen von links ist sie zuwider, weil sie die Natur des Proletariats keine Wohnung bietet, weil sie sich nicht nach bolschewistischen Rezepten ausmühen läßt. Den Radikalen von rechts ist sie verhasst, weil der soziale Gedanke, der durch die Verfassung geht, ihrem Scharfmerckertum Fägel anlegt.

In dieser Zeit, wo alle Fasern Deutschlands angepannt sind, wo durch die deutsche Volkswirtschaft und das deutsche Volk das Fieber einer furchtbaren inneren Erschütterung geht, wo Fremdlinge die Haut auf uns legen und aus den Krämpfen für sich Zukunftsprognosen aufstellen, gibt es mehr als je für den denkenden Teil der deutschen Arbeiterschaft, die Kerne nicht zu verlieren, mögen auch oft Zorn über verfluchte innere und Grimm über außenpolitische Zustände turmhoch schlagen.

Die Formel lautet nicht: Volksstaat oder Monarchie! Nein, diese Formel ist unendlich klein gegen die gewaltige Schicksalsfrage: Volksstaat oder Untergang. Diese Erkenntnis fordert klare Entscheidungen. Der Volksstaat ist das Vaterland, und an seinem Aufbau haben wir alle mitzuwirken.

Wir als christliche Metallarbeiter lassen uns nicht von politischen Hanswürsten, Narren, Söldlingen und Gauklern betören. Durch Putz- und sogenannte Leuzungsaktionen wird die Lage nur noch verschlimmert, dadurch werden die Waren nur noch veräuert oder sie bleiben überhaupt aus. Die letzte Ursache der furchtbaren Lage ist Versailles. Das haben wir uns jeden Tag einzuschärfen. Wir kennen unsere Pflicht und unsere Feinde, die die Arbeiterschaft ins Verderben reißen wollen. Nein, jetzt soll es sich wieder bewähren, das Wort, daß wiederum „in Deutschlands ärgster Not und Gefahr, sein ärmster Sohn auch sein getreuester war“.

Kritische Wochen

Die Entwertung der Mark hat in den letzten Wochen ein unheimlich schleuniges Tempo angenommen. Besonders deutlich zeigt dies folgende Zusammenstellung über das Aufschwimmen des Dollar- und Guldenkurses, die sich zum tragischen Wertmesser für unsere Mark entwickelt haben.

	Es notierte	
	1 Dollar	1 Gulden
1914	4,20 M.	1,68 M.
März 23	21 190,—	8 370,—
April 23	24 456,—	9 572,—
Mai 23	47 670,—	18 608,—
15. 6. 23	107 600,—	42 150,—
30. 6. 23	154 500,—	60 500,—
5. 7. 23	176 000,—	69 000,—
13. 7. 23	186 000,—	73 100,—
17. 7. 23	193 111,—	73 800,—
20. 7. 23	283 300,—	111 277,—
23. 7. 23	349 125,—	137 342,—
27. 6. 23	761 900,—	296 750,—
30. 7. 23	1102 751,—	431 075,—

Aus dieser Notierung ist eine Friedensmark nach dem

Dollarkurs	Guldenkurs
5 300,—	4 900,—
6 100,—	5 600,—
10 200,—	11 076,—
27 000,—	25 089,—
38 500,—	36 010,—
44 000,—	41 070,—
46 500,—	43 500,—
48 200,—	43 500,—
70 750,—	66 230,—
86 250,—	81 150,—
190 475,—	179 630,—
275 687,—	256 592,—

Diese Entwicklung hat die unheilvollsten Folgen für die breiten Massen des Volkes. Gleichzeitig mit dem Anschwellen der Devisenkurse ziehen alle Preise im Lande an, weil sich eben unsere ganze Geschäfts- und Handelswelt ohne Rücksicht darauf, ob ihre Waren vom Dollar- und Guldenkurs abhängig sind oder nicht, auf diesen einstellt. Der Lohn ist bei weitem nicht dieser Geldentwertung gefolgt. Um das festzustellen, braucht man nur die obige Tabelle zu studieren und Vergleiche

mit der erhaltenen Lohnsumme anzustellen. Dazu kommt, daß in vielen Bezirken das verdiente Geld in der Regel erst dann in die Hand der Arbeiter kommt, wenn es schließlich zum großen Teil entwertet ist. So hätte ein Arbeiter, der in der Zeit vom 1. 7. bis 15. Juli 1 Million Mark verdient hat und nun erst am 26.—27. Juli ausgezahlt wird, nicht 1 Million M., sondern nach der inzwischen erfolgten Entwertung des Geldes nach dem Dollarkurs über 5 Millionen M. erhalten müssen, wenn der gleiche Realwert in Anrechnung gebracht würde. Die langen Lohnzahlungsfristen sind, von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, im höchsten Grade unmoralisch. Sie bedeuten nichts weiter, wie eine stille Enteignung des Arbeiters. Gerade mit Rücksicht auf die furchtbar rasche Entwertung des Geldes muß unter allen Umständen die wöchentliche Lohnzahlung gefordert werden, damit der Grad des Sinkens des Lohnwertes möglichst vermindert wird.

Sobald aber muß der ungehemmt sich vollziehenden Auswucherung des Volkes ein Ende bereitet werden. Was heute in dieser Beziehung auf den Märkten und in der Geschäftspraxis geleistet wird, spottet jeder Beschreibung. Alle bisherigen Vorschriften scheinen nichts geholfen zu haben. In Duisburg z. B. waren an einem Tage folgende Kartoffelpreispreise festzustellen: 6000, 8500, 13 000 M. Preisuntergrenze bei gleichen Waren bis zu 100 Prozent sind keine Seltenheit

mehr. Alle die üblichen Ausreden, es handle sich bei den teureren Waren um solche ausländischer Herkunft, versagen da nicht. Die 100 Prozent Aufschlag können nicht vom Guldenkurs herrühren, denn der Gulden steht um das Mehrtausendfache besser als unsere so wertlose Papiermark. Und so bleibt nur die Möglichkeit, daß in Waren deutscher Herkunft unverschämte gewuchert wird. Welche Gründe rechtfertigen einen Kartoffelpfundpreis von 25 000 M, wie er im Augenblick in Dultsburg verlangt wird, oder Obstfundpreise von 17—20 000 M und darüber. Die deutsche Landwirtschaft und das deutsche Händlertum läßt eine riesige Schuld auf sich, die sich mal bitter rächen muß. Heute ist es schon so, daß selbst lebenswichtige Artikel, wie Kartoffeln, Gemüse, Eier, Milch nicht mehr in ausreichendem Maße von den breiten Massen des Volkes bezogen werden können. Unsere Ernährungslage ist fast unter das Niveau der Kriegszeit gesunken. Das kann einfach nicht mehr so weitergehen. Es geht jetzt um die Erhaltung des Volkes und nicht um die Bereicherung einzelner Stände. Und diesem Ziele hat sich unsere ganze Wirtschaft unterzuordnen. Wir fordern mit allem Nachdruck seitens der Regierung, daß dem schamlosen Wuchertreiben unserer Tage endlich ein Riegel vorgeschoben wird.

Auch mit unserer seitherigen Steuerpolitik muß Schluß gemacht werden. Es geht nicht mehr so weiter, daß man den Lohn- und Gehaltsempfängern am Lohn- und Gehaltsabzug die Steuergrößen abknüpft und alle übrigen Kreise durch die pierselbstjährigen Steuerfristen sich infolge der Geldentwertung mehr oder minder an der Steuerzahlung vorbeidrücken läßt. So ist es doch gewesen, daß die Gehalts- und Lohnempfänger 80 bis 90 Prozent der überhaupt eingehenden Steuern aufgebracht haben, während andere Kreise sich damit brühten, überhaupt noch keine Einkommensteuer gezahlt zu haben. Uns wird berichtet, daß z. B. im bergischen Land ein hochmöglicher Herr noch prozessiert wegen einer Steuersumme von 5—6000 M aus dem Jahre 1921. Das ist Ungerechtigkeit schlimmsten Ausmaßes. Sie muß beseitigt werden. Es ist höchste Zeit.

Man beachte endlich einmal die Zeichen der Zeit. In den breiten Volksschichten gärt eine dumpfe Stimmung der Verzweiflung, die zur Explosion führen und uns alle in den Abgrund reißen kann. Gerade wir haben ein Recht, das zu sagen. Die christlichen Gewerkschaften haben sich stets als Gegner der bolschewistischen und kommunistischen Putsch- und Revolutionsstaktik und als Sammelstelle der vernünftigen Elemente betätigt und bewährt. Deshalb fordern wir heute mit allem Nachdruck, daß die Ungerechtigkeit unserer Tage, soweit dies eben möglich ist, beseitigt wird. Die Not der Zeit muß gemeinsam von allen getragen werden. Nur dann werden wir über entsetzlich schwere Tage hinwegkommen.

Der Stein der Weisen?

Das Wort vom „wertbeständigen“ Lohn ist auf dem besten Wege, zu einem Schlagwort zu werden, dessen innere Kraft genau so bei einem Teil der Arbeiterschaft überschätzt wird, wie es mit dem Heilmittel Sozialisierung auch geschah. Die Arbeiterschaft muß frühzeitig auf solche Möglichkeiten aufmerksam gemacht werden, denn nichts ist verderblicher, als einem Idiot nachzujagen, das einen in die Ferne lockt und dann zerfliegt wie ein Seifenblase in dem Augenblick, als man glaubt, das Glück in den Händen zu halten. Die Folge davon ist Verzögerung, Mißmut, Radikalisierung. Deshalb wird ein solcher Trick sehr gerne von den Kommunisten in Szene gesetzt, weil sie nachher schon ihre Schäfschen scheren wollen.

So geht es auch mit dem Wort „wertbeständiger“ Lohn, „Goldlohn“, „Friedensreallohn“ usw. Man steigert von links die Hoffnung der Arbeiterschaft auf eine Gesundung der Verhältnisse mittels dieser „Lohnmittel“ in einem ungeheuren Maße, die doch niemals eingelöst werden kann.

In der Zeit solcher Geldentwertung, wo der Dollar von einem Tage zum andern um hunderttausend Punkte steigt, ist eine „Wertbeständigkeit“ als Allheilmittel gedacht, eine Unmöglichkeit. Sie ist und bleibt nichts weiter als ein Palliativmittel, um die Arbeiterschaft gegen die schlimmsten Nachschläge der Geldentwertung zu schützen. Der sogenannte „wertbeständige“ Lohn ist ja nichts anderes als ein Geldentwertungsausgleich, der auf den festgesetzten Grundlohn ausgerechnet wird nach dem Index, auf den sich die Parteien geeinigt haben. (Wir haben darüber in Nr. 28/29 und 30/31 schon ausführlicher gesprochen.)

Die schnelle Festsetzung des Indexlohnes, die schnell darauf folgenden Lohnverhandlungen und die Festsetzung der „Lohnerhöhung“ tun es noch nicht allein.

Ausschlaggebend ist die kurzfristige wöchentliche Zahlung der Löhne. Das lange Hinziehen der Lohnungen wirkt in höchstem Maße verarmend auf die Arbeiterschaft, weil ihnen das Geld von Tag zu Tag unter den Händen wegschwindet. Es ist endlich Zeit, daß der Jopf der langfristigen Löhnungen aus der Welt geschafft wird. Leider zeigen an vielen Orten die Arbeitgeber oft gar nicht das notwendige Einsehen, was nicht stark genug verurteilt werden kann. Wo sich diese Schwierigkeiten zeigen, soll sich die Kollegenschaft sofort unter Beratung auf die vor kurzem herausgekommenen Richtlinien des Reichsarbeitsministers an die Schlichtungsstellen wenden, damit der Widerstand gegen die kurzfristigen Zahlungen geteuerert werden kann.

So wichtig dieser Geldentwertungsausgleich und seine schnellste Auszahlung ist, so wollen wir uns doch nicht verhehlen, als ob damit die Not für die Arbeiterschaft behoben wäre, solange der Grundlohn auf der alten Höhe bleibt, wie es heute der Fall ist. Deshalb ist die Erhöhung des Grundlohnes vor allem die gewerkschaftliche Aufgabe der nächsten Zeit. Wir wollen uns darüber klar sein, daß das Ringen um die Erhöhung des Grundlohnes einen ganz anderen Widerstand hervorzurufen wird auf Arbeitgeberseite, als es etwa die Frage des Geldentwertungsausgleichs tut, der ja

überhaupt keine Lohnerhöhung bedeutet. Ob die Erhöhung des Grundlohnes möglich ist, hängt einzig und allein ab von der Stärke der Gewerkschaften. Will etwa einer behaupten, die Gewerkschaften wären im größeren Rahmen kampffähig, nachdem durch vier Jahre die Arbeiterschaft selbst die Substanz der Gewerkschaften, d. h. die Finanzkraft, durch ihre mangelnde Opferwilligkeit um das schwerste geschädigt haben? Glaubt die Arbeiterschaft etwa, die Pfaffenredner der „Union“ mit ihrem lächerlichen Wochenbeitrag könnten auch nur eine regelrechte Lohnbewegung durchführen? Wie sie die Arbeiterschaft nach der Methode „immer feste druff“ ins Unglück stürzen und wie sie ihre Gelder „anlegen“, das hat der letzte Putsch im Juni im Ruhrgebiet bewiesen.

Fünf Minuten vor Zwölf haben die Gewerkschaftler sich endlich aufgerafft, um eine Sanierung der Gewerkschaftsgelder herbeizuführen durch vernünftige Beiträge. Aber was man durch vier Jahre gesündigt hat, macht man nicht in einem halben Jahre wieder gut. Um die Erhöhung der Konsumkraft der breiten Massen wird ein scharfes Ringen entstehen. Wenn Teile der Arbeiterschaft sich einbilden, mit Daulheit oder Gewerkschaftsmildigkeit Lebensfragen des arbeitenden Volkes lösen zu können, sind sie doch sehr auf dem Holzwege. Kreise der Arbeiterschaft gibt es, die auch heute noch unter dem Existenzminimum liegen. Das führt zur Lumpenproletarisierung und zu Hungertrüben, wie wir es in Großstädten schon erleben. Der Hilfsarbeiter muß auf das sogenannte Existenzminimum gebracht werden; es darf nicht erst beim Handwerker beginnen.

Die Frage der wertbeständigen Spareinlagen ist heute ebenso brennend wie diejenige der „wertbeständigen“ Löhne. Heute bietet leider das Sparen keine Möglichkeit mehr, zu etwas Festem zu kommen. Wer will denn sein Geld für 10 oder 20 Prozent Jahreszinsen jemandem geben, der damit arbeitet, während man selbst dagegen einen vielleicht hunderttausendfachen Wertverlust daran „verdient“ hat. Weil für das Geld des kleinen und mittleren Sparerers weder staatlich oder kommunal wertbeständige Sparmöglichkeiten existieren, beobachten wir als trauriges Zeichen der Zeit die Geringachtung des Geldes in großen Schichten unseres Volkes. Daß man diese Frage bis jetzt hat schlenbern lassen, stellt den deutschen Parteien kein Ruhmeszeugnis aus, die im Parteigeiz den Kulturrückgang zwar sehen, aber sich nicht zu geeigneten Maßnahmen aufraffen können. Das Interesse an der Produktion wird nicht stärker werden, bevor man sich nicht einen Notgroßen zurücklegen kann, der seinen Wert behält.

Die Unternehmer bieten Sparmöglichkeiten in verschiedenen Bezirken an. Wir müssen aber bemerken, bis jetzt noch keinen Plan gefunden zu haben, der befriedigen könnte. Man fühlt zu deutlich die Fuzgeln liegen. Deshalb haben die Unternehmer es auch jedenfalls geschaut, die Gewerkschaften zu Beratungen über diese Frage hinzuzuziehen, sondern machten statt dessen die „Sparmöglichkeiten“ kurzerhand durch Aufschlag bekannt, wie es in Weilmann geschehen ist. Daß also jedenfalls bei solchen „Sparmöglichkeiten“ alle Vorsicht geboten ist, braucht nicht weiter erörtert zu werden. Wertbeständige Sparmöglichkeiten müssen geschaffen werden durch die Sparlassen oder durch jeftwährige Anleihen mit möglichst kleiner Zeichnungsziffer. Anleihen mit Zeichnungsziffern, die bei 5 oder 10 Dollar beginnen, sind für das arbeitende Volk unisutabel, weil sie zu hoch liegen. Ebenso ist das Verfahren der Sparkasse der Stadt Berlin merkwürdig, die die Hälfte des eingezahlten Geldes in fester Währung anlegt und die andere Hälfte in Papiermarken liegen läßt, damit also der Entwertung unterwirft. In einer Zeit, wo jeder Notgroßen für die Arbeiterschaft so wichtig ist, sollte ein solcher Modus nicht gangbar sein.

Unsere Kollegen sehen, um was noch gerungen werden muß. Mit den „wertbeständigen“ Löhnen ist also kein Stein der Weisen entdeckt, mit dem man alle Schäden heilen kann, ja, er bedeutet vielleicht einen Sprung ins Dunkle. Aber wie dem auch sei: der Entwertungsausgleich mußte gegeben werden, denn ohne ihn kann die Arbeiterschaft nicht existieren. Daß sie ihn erhielt, hat sie nur den ungeheuren Kämpfen der Gewerkschaften zu verdanken, die zwar nicht im Betriebe, sondern viel zäher und hartnäckiger in den Beratungszimmern des Reichsarbeitsministeriums, Reichswirtschaftsrat, Arbeitsgemeinschaft geführt wurden mit einem Gegner, der sich seiner ganzen Kraft bewußt war. Ohne die unermüdete Tätigkeit der Gewerkschaften wäre nichts erreicht worden. Das mögen die Kollegen bedenken und ihre Schlüsse daraus ziehen.

Über die Beiträge

Die Frage der Verbandsfinanzen wächst sich zur Existenzfrage der Gewerkschaften überhaupt aus. Gerade von der Kollegenschaft muß ihr daher viel mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden als es bisher der Fall war, wenn sie nicht vor einem Trümmerschutt stehen will. Wir ermahnen unsere Kollegen, besonders diesen Artikel des Kollegen W. D. aus Köln ernsthaft durchzulesen und ihre Schlussfolgerungen daraus zu ziehen.

W. D. Wir müssen es offen bekennen: Wir stehen mitten in der Verarmung der Gewerkschaften. Der Masoch Geldentwertung macht vor den Mitgliederbeiträgen ebensowenig halt wie vor dem Lohn oder den Staatsfinanzen. Aber während die Gewerkschaften es unter Aufbietung aller Kräfte vermochten, wenigstens einen Ausgleichsfaktor in bezug auf die Löhne zu schaffen, sind ihnen die eigenen Finanzen immer schneller unter den Händen zusammengekrumpft, weil durch vier Jahre die Zahlung der Gewerkschaftsbeiträge sich der Geldentwertung gar nicht genügend angepaßt hat.

Jede Institution, die mit der Papiermark arbeiten muß, gerät heute ins Hintertreffen. Dazu kommt, daß die Gewerkschaften in der Beitragsforderung niemals die Höhe getroffen haben, die notwendig gewesen wäre. Der wunderbare Satz „ein Stundenlohn als Beitrag“ unterlag der merkwürdigsten Deutung, und in Wirklichkeit ist er auch niemals

zufriedenstellend durchgeführt worden. Man ließ wohl von der Gewerkschaftsbewegung die Lohnbewegungen machen und tagelang mit den Unternehmern sich abmühen, aber man gab ihr nicht die Mittel, die zur Erreichung gewerkschaftlicher Zwecke notwendig gewesen wären. Im Gegenteil, gerade am Beitrag wurde zuerst immer der sogenannte „Sparhebel“ angelegt.

Wie weit selbst der Christliche Metallarbeiterverband, der doch zu den stabilen Organisationen zählt, durch die Geldentwertung an Beitragshöhe eingebüßt hat, zeigt folgende Aufstellung. Als Wertmesser ist der Goldankaufspreis der Reichsbank zugrunde gelegt, also nicht die Dollarkurve, nach der sich doch allmählich alles — mit Ausnahme der Arbeiterschaft — in Deutschland richtet, sonst sähe die Rechnung noch erschreckender aus.

Der Goldankaufspreis der Reichsbank betrug im April 42 000 M für 10 Goldmark.

Der Beitrag 2. Klasse für die Hauptkasse betrug im April 1000 M = 26 Pfennig Friedensbeitrag. Zur gleichen Zeit betrug der Lohn eines Hilfsarbeiters in der Nordwestgruppe ohne jede Sozialzulage 1746 M = 45,5 Pfennig Friedenswert. Der Beitrag war also um 44 Prozent hinter dem Stundenlohn zurückgeblieben.

Noch schlimmer aber wirkte sich die ganze Frage in den letzten Monaten der rasenden Geldentwertung aus. Der Juli bietet ein schlagendes Beispiel dafür.

Goldankaufspreis: 450 000 M für 10 Friedensmark, 45 000 M = 1 Friedensmark.

Beitrag 2. Klasse in der 2. Julihälfte an die Hauptkasse 7000 M = 15,5 Pfennig Friedensbeitrag.

Der Lohn in der zweiten Hälfte Juli für den Hilfsarbeiter Gruppe Nordwest ohne Sozialzulage 22 820 M. Der Beitrag betrug also nur noch rund 20 Prozent des Stundenlohnes eines Hilfsarbeiters. Im Frieden hatte er 120 Prozent des Lohnes eines Facharbeiters betragen.

Daß eine solche Beitragshöhe geradezu den Bankrott der Gewerkschaften herausfordert, bedarf darnach keines Beweises mehr.

Aber es ist ja nicht nur die Höhe, die vollständig unzulänglich ist, wir kommen auch in den Terminen nicht mehr mit. Die Beiträge sind schon überholt am Tage ihrer Festsetzung und kommen sie erst in die Hauptkasse, dann haben sie, wie es im Juli der Fall war, 60, ja sogar bis 70 Prozent ihres Wertes infolge der Geldentwertung eingebüßt.

Daß mit solchen Verhältnissen auf die Dauer keine Gewerkschaftsbewegung operieren kann, beweist die Entwertung der Verbandsvermögen.

Was ist zu tun?

Die Beiträge müssen in ihrer Festsetzung möglichst dicht der Lohnentwicklung und Lohnhöhe folgen. Nach den Richtlinien des Reichsarbeitsministeriums ist mit wöchentlichen Lohnzahlungen und wöchentlichen Lohnzahlungen unbedingt zu rechnen. In einer Reihe Industriegebiete geschieht das bereits. Das bedingt aber auch eine wöchentliche Festsetzung der Verbandsbeiträge. Denn würde der Verband jetzt erst 14tägig die Beiträge festsetzen, käme er vollständig unter die Räder. Vor allen Dingen muß die Scharke der zurückgegangenen Höhe der Verbandsbeiträge ausgemerzt werden. Unter dem Effektivstundenlohn eines mittleren Facharbeiters darf es in der Pflichtklasse keine Beiträge mehr geben. Unsere Kollegen erhalten bei der steigenden Geldentwertung, um einen Ausgleich zu erhalten, Nachzahlungen. Nachzahlungen der Löhne sollten aber auch einen ähnlichen Ausgleich des Beitrages zur Folge haben, zwar nicht in der Form von Extrabeiträgen, sondern in einem Verrechnungsmodus direkt auf den Beitrag.

Nur mit Hilfe dieser Mittel ist es möglich, unsern Verband wieder Blut zuzuführen, dessen er so dringend bedarf. Kein denkender christlich organisierter Metallarbeiter verheißt sich die Gefahr, in der sich die Organisation durch die Geldentwertung befindet. Durch Opferwilligkeit und Pflichttreue gilt es, hier helfend eingzugreifen. Große Kämpfe stehen bevor, vieles muß noch geleistet werden. Aber das ist nur möglich bei äußerster Pflichttreue und bei starken Finanzen. Sonst kann die Gewerkschaftsbewegung ruhig den Laden zumachen. Das wäre aber auch der Untergang der Arbeiterschaft. Kollegen, seien wir uns gerade heute unserer Mitgliederpflichten wieder voll und ganz bewußt.

Wirtschaftsrückgang und niedrige Löhne

Deutschland ist von seiner Rohstoffbasis zum Teil entblüht, zum Teil abgeknippt. Die Auswirkungen dieser Verhältnisse spiegeln sich zu deutlich im ganzen Industrie- und Wirtschaftsleben wieder. Unsere Kohlen- und Eisenproduktion ist um über fünfzig Prozent zurückgegangen. Wir müssen, um unser Volk ernähren zu können, der Hersteller erstklassiger Qualitätsware wieder werden, wie es vor dem Kriege der Fall war. Die technisch-industrielle Leistungsfähigkeit ist hierbei von überragender Bedeutung, ja die Entwicklung unserer Wirtschaft wird letztlich von der technischen Entwicklung abhängig sein.

Diese Notwendigkeiten sind leider in sehr vielen Fällen von der Industrie in den letzten vier Jahren nicht nur nicht beachtet, sondern sogar vernachlässigt worden. Es war Sitte geworden, bei etwaigen Mißerfolgen auf dem Weltmarkt immer wieder die deutsche Arbeiterschaft (Arbeitskündentag, geringere Sorgfalt usw.) verantwortlich zu machen, so daß allmählich ein seltsamer Ruf von der deutschen Arbeiterschaft durch die Länder ging. Wenn auch Fehler nicht geseugnet werden sollen, die sich namentlich in roten Putschhochburgen auswirkten, so liegt der eigentliche Grund für die Abnahme der deutschen Konkurrenzfähigkeit auf einem ganz anderen Gebiet, nämlich auf dem Zurückbleiben in technisch-organisatorischer Beziehung.

Gewerkschaftlicher Rundblick

Das traurige Kapitel

Die Arbeiterlöhne in Deutschland, Österreich, Schweiz und Deutschland werden in der „Sozialen Praxis“ Nr. 25 miteinander verglichen. Sind schon alle Löhne hinter dem Friedenslohn zurückgefallen, so schießt Deutschland dabei doch den Vogel ab. Die Löhne betragen Ende März pro Woche in Mark:

	Berlin	Wien	Zürich
Maurer	74 400	112 429	320 512
Bauhilfsarbeiter	70 680	90 973	258 352
Maler	73 320	122 156	341 414
Metallarbeiter	58 820	61 765	270 386
Tischler	69 690	95 851	307 692
Chemische Industrie	67 200	97 553	185 804
Buchdrucker, Hilfsarbeiter	63 416	61 614	242 424
Textilindustrie, Weber	51 796	53 924	138 860

Der Realwert der Löhne, auf den jeweiligen Lebenshaltungsindex bezogen, betrug für den Berliner Metallarbeiter etwa 23 Friedensmark, für den Wiener 24,2 und für den Züricher 34 Friedensmark.

Der niedrige Lohn des Berliner Metallarbeiters ist ein Zeichen seines verfallenen Organisationslebens. Wenn der Lohn eines Metallarbeiters auch an anderen Orten, besonders in Gebieten, wo die christlichen Gewerkschaften stark sind, höher ist, so bleibt er doch um ein vielfaches hinter dem Lebensnotwendigkeitsniveau. Durch die wahnwitzige Geldentwertung der letzten Wochen ist der Realwert der Löhne Woche um Woche zurückgegangen und er wird jetzt trotz der Lohnerhöhungen und Verluste mit wertbeständigen Löhnen auf 10-12 Friedensmark zurückgefallen sein. Daß da nur durchgreifende Maßnahmen, vor allem schnellere Auszahlung der Löhne in etwa ein Gegenmittel sein können, ist selbstverständlich.

So was nennt sich Arbeitervertretung

Noch nie dagewesen ist, daß der Betriebsrat bei seiner Betriebsleitung vorstellig wurde, weil ein Arbeitskollege einen zu hohen Lohn bekommt. Genanntes ist geschehen am 17. Juli im Jahre 1923 bei der Firma Michel u. Comp., Düngerverfabrik in Ludwigshafen a. Rh. Der Schmiel dieser Firma ist Mitglied im Christlichen Metallarbeiterverband, die übrigen 17 Arbeiter des Betriebes sind „frei“ organisiert. Der Kollege ist 65 Jahre alt und 28 Jahre bei der Firma. Seit Besetzung eines Tarifvertrages für die Chemiefabrik, der 6 befristet ist, den Fabrikverlohn. Auf Grund der Beschäftigungsverhältnisse mußte der Betrieb eingeschränkt werden und der Kollege wurde dann zeitweise beurlaubt und zeitweise im Betrieb beschäftigt. Die Firma hatte ihm, wie nach dem Tarif festgelegt, seinen Handwerkerlohn weiterbezahlt. Der Betriebsrat verlangte nun Einstufung in die Lohnklasse 1. Er forderte, daß dem Schmiel Köhler, der z. B. Transportarbeit verrichte, nur der Lohn eines Fabrikarbeiters, der statt 16 200 M. nur 15 000 M. beträgt, ausbezahlt werden dürfe. Daß die Firma diesem Verlangen sofort nachgekommen ist, darüber braucht man sich nicht zu wundern. Nachdem der Geschäftsführer des Christlichen Metallarbeiterverbandes bei der Firma vorstellig wurde, bekam Köhler wieder seinen alten, ihm zustehenden Tariflohn. Auch ein Beispiel, wie die „freien Betriebsräte“ die Interessen ihrer Mitarbeiter vertreten. Ein solcher Betriebsrat gehört unteres Erzstern wegen Verrat an einem Arbeitskollegen einige Tage zu Vater „Philipp“ geschickt, damit ihm Gelegenheit gegeben ist, über seine Pflichten als Betriebsrat nachzudenken. Unsere Kollegen ersehen daraus, weilen sie sich zu gewichtigen haben, wenn die „freien“ die „Freiheit“ ihrer Mitarbeiter mit Füßen treten. Gegen solche Sorte hilft nur Rückgrat, Festigkeit und Kampf für die Freiheit.

Infame Handlungsweise

Terror und sozialistische Gewerkschaftler haben von jeher eng zusammengearbeitet. Unsere Kollegen haben im Laufe der Jahre sehr oft unter gemeinen Terrorfällen zu leiden gehabt. Diesem Treiben steht aber ein Terrorfall in Oberursel die Spitze auf, weil er mit einer niederträchtigen Brutalität den Grund enthält, warum man unsere Kollegen Krämmer aus dem Betriebe Sabel und Scheurer in Oberursel herausschickte.

Die nachstehende Resolution wurde vom Betriebsrat der Firma Sabel und Scheurer, Oberursel, am 11. Juli der Betriebsleitung überreicht:

Der Betriebsrat wird ersucht, nachstehende Resolution der Betriebsleitung zu übermitteln.

Resolution.

Unterzeichnete Mitglieder der Gewerkschaft Sabel und Scheurer, Oberursel, ersucht die Betriebsleitung, daß, wenn Ruhe in dem Betriebe bleiben soll, der Hilfsarbeiter Krämmer zur Entlassung kommt.

Begründung: Der oben genannte gehört der christlichen Organisation an und lehnt es ab, in unsere Organisation überzutreten. Wir können nur eine Organisation im Betriebe haben, da, wenn zwei verschiedene Richtungen im Betriebe sind, nur Reibereien entstehen. Auch lehnen wir jede Zusammenarbeit mit Krämmer ab. Wir ersuchen deshalb nochmals im Interesse des Betriebes um die Entlassung. Hann, Erik, Kleff, Behold, Ruppel, Eichhorn, Bücher, Wehler, Fröh, Becker, Haag, Bommersheim, Heinrich Winter, Bauer Kinkel, Donnerwisk, Müller.

Auf Grund dieser Vorstellung erklärte die Firma unsere Kollegen Krämmer für entlassen mit der Begründung, daß sie sich in einer Zwangslage befinden und nicht eines Arbeiters wegen 22 andere entlassen könne.

Ueber das Verhalten der Firma (sic ist nicht die einzige, die so handelt) wird noch ein ernstes Wort zu reden sein.

Das Verhalten der sozialistischen Gewerkschaftler ist ein radikaler Schurkenstreich. Mitten in der bittersten Teuerung einen Mann aus dem Betrieb herauswerfen, weil er nicht in den sozialistischen Metallarbeiterverband überzutreten will, spricht jedem Gefühl Hohn. Ob er hungert, ist ja diesen roten Freiheitskämpfern fürchterlich gleichgültig.

Der Verfasser der Resolution ist festgesetzt und die ganze Angelegenheit sofort dem Gericht übergeben worden. Dort wird hoffentlich den Burken exemplarisch vor Augen geführt, daß man nicht die durch Gesetz gewährleistete Koalitionsfreiheit mit Füßen treten darf. Unser Kollege Krämmer hat manchem wartenden Kollegen ein Beispiel gegeben. Seine christliche Überzeugung hat er nicht verkauft für das sozialistisch-parteiliche-unionistische Gemisch im sozialistischen Metallarbeiterverband. Wenn unsere Kollegen überall so mutuell handeln, wie der Kollege Krämmer, dann werden den roten Terroristen doch das Handwerk gelegt werden.

Wer Wind sät, wird Sturm ernten

Das hat Robert Dismann seit der Übernahme der „Regentschaft“ im sozialistischen Metallarbeiterverband schon oft erfahren müssen. Ehedem war er Träger der Opposition im D. M. B. und hat schließlich mit das recht weiselhafte Verdienst, dem langjährigen Vorsitzenden des D. M. B. Schilde die Arbeit gründlich bereitet zu haben. Damals war der Vorstand im D. M. B. ein festes Opfer der Dismannschen Kritik und die „russischen Bestrebungen“ im genannten Verband ein Gegenstand der besonderen Dismannschen Liebe.

„Hauptvorstand, du hast kein Verständnis für den herrlichen, heldenhaften Kampf des russischen Proletariats, der sich jetzt jahrelang hält unter dem Ansturm der kapitalistischen Meute der Welt. Wenn der Vorstand sich noch die Zeit nehmen wollte, sich einmal eine halbe Stunde etwas mehr in den Gedanken an den Kampf des Proletariats hineinzufinden. Er tut es leider nicht.“

Der alte Vorstand erlag der Kritik. Dismann trat an Schildes Stelle. Mängelt schon hat er eingesehen, daß in der Welt der Realitäten mit Phrasen nichts zu machen ist. Auch er muß mit Wasser lachen und steht heute wohl auf dem gleichen Standpunkt, wie der alte gegangene Vorstand. Das paßt seinen vormaligen Getreuen nicht. Sie rückten an seinem Thron und überhäuften ihn mit Schmähworten, die der Steigerung der radikalen Gefinnung der „herzlichen russischen Kämpfer“ entsprechend, bedeutend großzügiger geworden sind. Zahlreich sind die Angriffe gegen die Zeitung im D. M. B., die in den Anträgen zum bevorstehenden Verbandstag niedergelegt sind. Den Gipfelpunkt erreicht wohl das kommunistische Hauptorgan, „Die rote Fahne“, die nach der Wiener christlichen sozialistischen Arbeiter-Zeitung Nr. 30, 1923,

„die bisherigen Verbandsleiter, die Sozialdemokraten Dismann, Ulrich und Konrad als „Handlanger der Metallindustriellen und der Cuno-Regierung, als Schwindler, Arbeiterverräter und nochmals als Handlanger der Schatzmacher“ bezeichnet, die die Metallarbeiter von vorne und hinten betrogen hätten.“

Das ist bitter. So bedauerlich eine solche radikale Gefinnung in den Mitgliedern der größten deutschen Organisation ist, sie ist schließlich nur die Frucht des ausgestreuten Samens. Wer Wind sät, wird Sturm ernten.

Selbstverwaltungskörper

Außenhandelsausschluß für Fahrzeug-Industrie.

Am 10. Juli 1923 fand in Berlin in den Räumen des Vereins deutscher Ingenieure eine Sitzung des Ausschusses der Außenhandelsstelle für die Fahrzeug-Industrie statt, die sich mit Fragen von weitgehendster Bedeutung für diese Industrie und das gesamte Wirtschaftswesen befaßte.

Der Geschäftsführer und stellvertretende Reichsbevollmächtigte Herr Dr. Sperling gab einen Geschäftsbericht in sehr übersichtlicher und ausführlicher Weise. Er wies im besonderen darauf hin, daß die ungewisse Lage sehr erschwerend auf den Export eingewirkt habe. Ebenfalls habe sich die Konkurrenz des Auslandes, besonders Italiens, sehr bemerkbar gemacht. Dieses sei zum Teil auf die ungewissen Verhältnisse, zum größeren Teil aber auf den Mangel an technischen Neuerungen der deutschen Fahrzeug-Industrie zurückzuführen. Die geplante Erhöhung der Ausfuhrabgabe habe aus dem Grunde, weil die deutsche Fahrzeug-Industrie soviel schon schwer um ihre Existenz zu kämpfen habe, nicht Platz gegriffen, sondern man habe einen Umbau der Ausfuhrabgabe von 4 Prozent auf 2 Prozent beschlossen, der aber der Befähigung des Finanzministeriums noch bedürfte. Sodann seien die Mindestpreise festgesetzt worden, ohne den Außenhandelsausschuß vorher zusammenzurufen. Dieses sei wegen der überfüllten Verhältnisse einfach nicht möglich gewesen. Herr Dr. Sperling gab sodann noch einen Mitgliedschaftsbericht der Außenhandelsstelle, der von den Revisoren geprüft und für richtig erklärt war, und auch einstimmige Annahme beim Ausschuß fand. Die Aussprache über den Geschäftsbericht war sehr reger und ausgiebiger. Von Arbeitnehmersseite wurde durch unsere Kollegen Hofe (Dortmund) darauf hingewiesen, daß der Geschäftsbericht außerordentlich wichtige Momente enthalte für die deutsche Fahrzeug-Industrie allgemein und im besonderen aber auch für die Arbeitnehmer dieser Branche. An der Konkurrenzfähigkeit der Fahrzeug-Industrie seien die Arbeitnehmer im gleichen Maße interessiert als auch die Arbeitgeber dieser Branche. In die Zwischenzeit seit der letzten Sitzung, die vor sieben Monaten stattgefunden habe, seien aber so wichtige Fragen, wie die scharfe Konkurrenz des Auslandes, besonders Italiens, dann die Ruhrbesetzung, die es wohl notwendig gemacht hätten, den gesamten Ausschuß zusammenzurufen, um gemeinsam sich über diese Dinge auszusprechen und Mittel und Wege zu finden, die Erleichterungen für die Fahrzeug-Industrie schaffen. Es sei deshalb wohl notwendig, laut Geschäftsordnung alle drei Monate den Außenhandelsausschuß zusammenzurufen. Betreffs der Mindestpreissetzung könne man den Standpunkt der Geschäftsstelle verstehen, wenn wenigstens der engere Arbeitsausschuß Gelegenheit gehabt habe, Stellung dazu zu nehmen. Die Geschäftsstelle erkannte den Wunsch der öfteren Einberufung der Sitzungen an und es sollte demselben in Zukunft entsprechen werden. Zur Mindestpreissetzung wurde erklärt, daß dem Arbeitsausschuß in weitgehendem Maße Gelegenheit gegeben worden sei, Einsicht zu nehmen und sich zu äußern. Letzteres wurde auch von sämtlichen Mitgliedern des Arbeitsausschusses voll anerkannt.

Von Arbeitnehmersseite wurde von mehreren Rednern darauf hingewiesen, daß es eine dringende Notwendigkeit sei, um die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Fahrzeugindustrie zu erhalten, von der Regierung die Einführung von Schutzzöllen zu verlangen.

Unser Kollege Kreil (Berlin) wies entschieden darauf hin, daß durch Schutzzölle allein die deutsche Fahrzeugindustrie in ihrer Konkurrenz nicht gestärkt werde, sondern dazu sei notwendig, daß auch wir mit neuen technischen Verbesserungen auftraten. Nur damit könne man die Konkurrenz des Auslandes schlagen. Mit dem Auf nach Schutzzöllen allein stelle sich die deutsche Fahrzeugindustrie ein Armutszeugnis aus. Früher hätte die deutsche Industrie allgemein technisch hochstehend auf dem Weltmarkt geherrscht und das müsse auch heute möglich sein. Er könne das Gefühl nicht los werden, als wenn die deutsche Industrie sich heute viel zu viel auf das Herabdrücken der Löhne lege als auf Erfindungen technischer Verbesserungen. Des weiteren richtete Kollege Kreil an den Reichskommissar für die Außenhandelsstelle der Fahrzeugindustrie die Anfrage, ob die Gerichte auf Nachfrist beruhten, wonach die Regierung beabsichtige, die Ausschüsse zu erweitern oder gar die Außenhandelsstelle ganz aufzulösen, denn das würde in der jetzigen Zeit doch geradezu katastrophal für diese Industrie und das Wirtschaftsleben hier auswirken. Der anwesende Reichskommissar gab die Erklärung an, bei der Regierung bestünde bis jetzt nicht die Absicht, die Ausschüsse zu erweitern, geschweige denn die Außenhandelsstelle aufzulösen.

Sodann nahm der Ausschuß noch Stellung zu den Anträgen, die sich gegen die Außenhandelsstelle und seinen Geschäftsführer richteten, von einem „sogenannten Verein“ der am Fahrzeughandel interessierten Firmen aus Hamburg.

Der Geschäftsführer Herr Dr. Sperling verlangte selbst die Einberufung einer Kommission mit mindestens einem Regierungsvertreter zur Unterzückung der ganzen Angelegenheit, damit endlich diesen Leuten der Mund gestopft werde. Er selbst werde auch noch gerichtlich gegen dieselben vorgehen. Auch der Reichskommissar sprach sich mitteilend in diesem Sinne aus und betonte, daß die Regierung in ähnlicher Weise alles tun werde, was zur Aufklärung beitrage, um die Außenhandelsstelle gegen diese und andere Angriffe in der Zukunft zu schützen.

Nachdem noch eine Anzahl Anträge ihre Erledigung gefunden hatten, wurde die anregend verlaufene Sitzung nach sechshündert Dauer vom Vorsitzenden geschlossen. Sämtliche Teilnehmer gingen mit dem Bewußtsein nach Hause, daß Selbstverwaltungskörper, in denen sich Erzeuger, Handel und Verbraucher, Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gemeinsamer Arbeit zusammenfinden, für die deutsche Wirtschaftslieben eine Notwendigkeit sind.

An der Konkurrenzfähigkeit deutscher Produkte sind aber nicht nur die Arbeitgeber interessiert, die deutsche Arbeiterschaft hat das gleiche Interesse daran, denn es handelt sich dabei um ihre Arbeit und um ihr Brot. Sind die deutschen Produkte nicht mehr konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt, dann trifft den deutschen Arbeiter der härteste Schlag, er wird arbeitslos vielleicht auf lange Sicht. In dem Zeitalter der tollenden Mark macht sich das noch nicht so sehr bemerkbar, je näher wir aber einer Stabilisierungsperiode kommen sollten, um so mehr werden sich die furchtbaren Folgen einer technisch-organisatorischen Rückständigkeit bemerkbar machen.

Es ist deshalb mehr als ein Warnzeichen, wenn im Organ des Herrn Hugo Stinnes, in der „Dtsch. Allgem. Ztg.“, vom 7. Juli (H. Korrespondenzbl. Nr. 29) gerade auf diese Gefahren aufmerksam gemacht wird. Sie bringt äußerst interessante Zusammenhänge zwischen teurer menschlicher Arbeitskraft und arbeitsparenden technisch hochstehenden Maschinen und Apparaten und andererseits zwischen gering bewerteter menschlicher Arbeitskraft und technisch unvollkommenen Maschinen, Zusammenhänge, die um so lehrreicher auch für die Arbeiterschaft werden, weil sie ausgerechnet im Stinneschen Hauptblatt zu finden sind.

Ausschlaggebend, so schreibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, für Wirtschaft und Kultur sei die Anwendung technischer Einrichtungen, die in der heutigen Wirtschaft von dem pekuniären Erfolg abhängen, den die Anschaffung und Preisauflistung technischer Verbesserungen bringe.

Dieser pekuniäre Erfolg sei um so größer, je teurer die zu erscheinende menschliche Arbeitskraft sei und je billiger im Vergleich dazu die angebotene Maschinerie. Wo die menschliche Arbeitskraft verhältnismäßig schon immer teuer gewesen sei — wie z. B. in den Vereinigten Staaten von Nordamerika — habe sie auch eine außerordentlich starke Entwicklung arbeitsparender Maschinen und Apparate zu verzeichnen.

Bei uns in Deutschland aber vollziehe sich — zurzeit noch kaum sichtbar — die umgekehrte Entwicklung. Je billiger bei angustellenden Kalkulationen die menschliche Arbeitskraft eingeleitet werden könne, um so häufiger ergebe sich, daß man kaufmännisch richtiger handle, auf ihren Ersparnis durch angustellende Maschinen zu verzichten. Daß diese kaufmännische Kalkulation nicht mit der volkswirtschaftlichen zusammenfalle, beeinflusse die Wenigsten. Man predige tauben Ohren. Praktisch bleibe nur übrig, daß der Anreiz zur verstärkten Mechanisierung geringer werde und das müsse natürlich auf die erregende Industrie Rückschläge ausüben.

An zwei Beispielen bringt Hartmann nun den Nachweis. Die Automatisierung des Fernsprechwesens habe bisher nicht nur einen kulturellen Fortschritt bedeutet, sondern sei auch privat- und volkswirtschaftlich als Erfolg zu buchen gewesen. Heute habe sich das geändert. Die Preise für die Apparatur seien weit stärker gestiegen als die Gehälter und Löhne. Daher ersteige die Verzinsung und Tilgungsquote die zu erzielenden Ersparnisse beim Wegfall der Handbedienung. Kaufmännisch ergebe sich kein Vorteil mehr. Ebenso bei der automatisierten Dampfesselfeuerung. Heute sei die Apparatur so teuer, daß die Verzinsung und Amortisation sich höher stelle als die zu ersparenden Löhne.

Es entbehrt nicht eines gewissen Reizes, daß gerade das Organ von Hugo Stinnes die Feststellung macht, daß der Anreiz zur Verbesserung der Fabrikationseinrichtungen, zur Beschaffung von Maschinen und technischen Vorrichtungen aller Art in Deutschland wegen der zu geringen Löhne von Tag zu Tag sinke und damit der Inlandmarkt in erschreckendem Maße zusammenschrumpfe.

Aber nicht nur das. Hartmann betont in der Stinneschen Zeitung weiter, daß die festgestellte Tatsache auch den Export beeinflusse. Die Fabrikation sei bei Anwendung der technischen Erfahrungen qualitativ besser. Das wirke auf die Exportfähigkeit. Der Export werde durch die geschilderte Entwicklung nachteilig getroffen. Und hierin liege eine schwere Gefahr für die Industrieentwicklung. Soweit die „D. A. Z.“.

Was soll man dazu sagen, wenn führende Industrielle bekennen, daß in gewissen Industriezweigen ein gewisses deutsches Metallprodukt nicht mehr mit einem italienischen konkurrieren könne. Das ist ein beschämendes Zeugnis nicht für die Arbeiterschaft, sondern für die geistige Einstellung gewisser Industrieller, die die technischen Verbesserungen aus „Ersparnisgründen“ einfach am Boden schleifen lassen und nur einsehen müssen, daß ihre Kalkulation falsch gewesen ist. Die Frage technischer Verbesserungen ist für uns heute keine private Angelegenheit, sondern eine Frage eminentester volkswirtschaftlicher Bedeutung, denn davon hängt auch die wirtschaftliche Existenz Deutschlands ab. Ueber den Vorwand, daß man neue technische Verbesserungen wegen des Kapitalmangels nicht anbringen könne, ist man nun doch endlich hinweggekommen, weil er nicht mehr stichhaltig ist.

Die zu leistende Qualitätsarbeit ist aber nicht nur eine Frage der technischen Verbesserungen, sondern auch eine des allgemeinen Kulturzustandes. Kein Mensch kann leugnen, daß infolge der riesigen Geldentwertungen und des von der Hand-in-den-Mund-Lebens die Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung sich dem Katastrophenpunkt genähert hat. Daß darunter der kulturelle Fortschritt leidet, braucht gar nicht bemerkt zu werden. Dieses folgenschwere Problem ist nicht lösbar, ohne dem Arbeiter einen Teil seiner furchtbaren Sorgen abzunehmen, d. h. nicht lösbar ohne eine wirkliche Steigerung der Löhne. Wenn die Wirtschaftskrise Deutschlands volkswirtschaftlich denken, ist auch für sie kein anderer Schluß möglich.

Aus unserem Verbandsleben

„Unsere ältesten Vorfahren und alle anderen in der Weltgeschichte, die ihres Sinnes waren, haben geglaubt, weil das Ewigkeitsbewußtsein, und so liegt immer und notwendig diese Begeisterung über den, der nicht begeistert ist. Nicht die Gewalt der Arme noch die Mächtigkeit der Waffen, sondern die Kraft des Gemütes ist es, welche Siege erkämpft. — Ein Volk, das da fähig ist, sei es auch nur in seinen höchsten Stellvertretern und Anführern, die Selbstständigkeit fest ins Auge zu fassen und von der Liebe dafür ergriffen zu werden, wie unsere ältesten Vorfahren, liegt gewiß über ein solches, das nur zum Werkzeug fremder Herrschaft und zur Unterjochung selbständiger Völker gebraucht wird.“

Fichte „Von der wahren Vaterlandsliebe“ (1810).

Berlin. Die im Jahre 1918 im sog. Metallarbeiterverband erfolgte Radikalisierung, bei der die echt klassenkämpferisch orientierte U. S. P. D. den „Vorkämpfer“ spielte, ist den Berliner Metallarbeitern zu großem Nachteil gewesen. Hinsichtlich ihrer Löhne sind von ihrer früheren Stellung immer weiter ins Hintertreffen geraten. Die geschichtlich feststehende Erfahrungslehre, daß Radikalismus immer zum Nachteil derer ausschlägt, die sich seiner bedienen, hat sich zur Evidenz bemahrscheinet. In Berlin inkarnierten diese U. S. P. D.-Leute damals sofort einen Streik, der 8 Wochen dauerte und mit einer furchtbaren Niederlage endigte.

Der zerfallende Parteihader hat sich seit 1919 auch ständig verschärft. Die Genossen schlugen sich in ihrem blöden Parteizwist gegenseitig die Köpfe einzu und die Unternehmer machten hinsichtlich Lohnzahlung ihre klingenden Geschnitte dabei. Die Berliner Metallarbeiterlöhne waren betarrt niedrig, daß die Unternehmer sich bei allen Verhandlungen, die im Lande stattfanden, auf diese beriefen. Die Berliner Metallarbeiter selbst waren äußerst empört über diese Sachlage und drängten mit Recht auf Behebung dieses Zustandes. Bei den vielen, in diesem Jahre stattgefundenen Lohnverhandlungen, wo durch Abstimmungen über Verhandlungsergebnisse entschieden wurde, schloß es zum Streik zu kommen. Nachdem nun neuerdings der Dollar und damit die Preise für die Bedarfsartikel so gewaltig in die Höhe gingen, der Verband Berliner Metallindustrieller wie auch der Schlichtungsausschuß dieser Preissteigerung bezüglich der Lohnfestsetzung ganz ungenügend entsprachen, kam es am 6. Juli zu einem Teilstreik, an welchem 51 Betriebe mit mehr als 100 000 beschäftigten Metallarbeitern beteiligt waren.

Das Ergebnis dieses Streiks war, daß der Spitzenlohn für die erste Juli-Woche, den der Schlichtungsausschuß auf 9000 M. normiert hatte, auf 9800 M. und für die zweite Juliwoche auf 12 500 M. gesetzt wurde. Auch ist eine Formel zwischen den Parteien vereinbart worden, die vorläufig wenigstens für Juli der Wertbeständigkeit der Löhne Rechnung zu tragen verhält. Aber die Klamme war nur gebämpft. Beamte des sozialistischen Metallarbeiterverbandes hatten den Kollegen von der großen, umfassenden Bewegung, die eingeleitet werden soll, gesprochen. Alle Betriebe der Metallindustrie, die Elektrizitäts- und Kraftzentralen sowie die Eisenbahn-

sollten bei diesem Kampf zwecks Erzielung eines durchschlagenden Erfolges mit eingeseht werden. Der sozialistische Metallarbeiterverband witterte schwere Geldverluste und ließ es mit einem Teilstreik genug sein. Da die Arbeiter in diesem Vorgehen Schlappeheit und Verrat ihrer Interessen witterten, schlossen sich aus sich heraus ganze Belegschaften dem Streik an. Nun entwickelte sich ein verzweifelter Kampf zwischen der Streikleitung und den Belegschaften, die ohne Anordnung der Streikleitung in den Streik getreten waren. Mit Hochdruck wurden Arbeiter des Kadelwerkes U. E. G. bearbeitet und nun ihnen verlangt, daß sie wieder in ihre Betriebe zurückkehrten. In großer Verzweiflung, sich der Verantwortung vor den auf diese Weise in größte Erregung geratenen Arbeitern zu entziehen, erklärte man, daß „das Metallkartell“ den Streik führt. Das Metallkartell, d. h. die 10 Verbände, die den Streik führten, ist eine Personalunion. Es bildet nun die Kulisie, hinter welcher sich die sozialistischen Verbandvertreter in allen Fällen, in denen sie angegriffen werden, verstecken können.

Punkt 8 der zur Streikbeendigung getroffenen Vereinbarungen lautet: „In den vom Metallkartell betroffenen Betrieben findet eine Maßregelung Streikender nicht statt.“ Was in den Betrieben, die ohne Anordnung des Metallkartells streikten, geschieht, mußten die Arbeiter der „Deutschen Messingwerke“ erfahren. Die Firma machte die Wiedereinstellung von der Unterzeichnung eines Reverses abhängig, wonach jeder Arbeiter als neu eingestellt gilt und 20 Kollegen werden nur nach Bedarf wieder in Arbeit genommen. Trotzdem verkündet die Leitung des Metallarbeiterverbandes im „Vorwärts“ vom 13. Juli, daß alle Streikenden, auch der Betriebe, die ohne Anordnung der Streikleitung die Arbeit niederlegten, reiflos wieder eingestellt, daß sie in geschlossener Kampffront wieder in die Betriebe zurückkehrten. Der Vorgang in den Deutschen Messingwerken zeigt, daß das nicht der Fall ist.

Die Kommunisten und Unionisten schüren nach Kräften gegen die Gewerkschaften und fordern zum Austritt aus den Verbänden auf. Auch an unsere Mitglieder sind sie mit dem Ersuchen, die Mitgliedsbeiträge abzugeben, herangetreten. Aber unsere Kollegen sind aus anderem Holz geschnitten als die Sozialisten, die in fünf Jahren bald ein halbes Duzend Mal ihre Gefinnung gewechselt haben. Daß diese politischen und gewerkschaftlichen Meterfahnen durch die Methoden der jetzt das Feld beherrschenden Radikalismus kommunistischer und unionistischer Oberwan noch schlimmer enttäuscht werden, steht für den Willenden heute schon fest. Will sich die Berliner Metallarbeiterchaft gegen die Folgen der sozialdemokratischen-kommunistischen Demagogien schützen, dann muß sie dafür sorgen, daß der Christliche Metallarbeiterverband stark wird und Einfluß gewinnt.

In diesem Sinne müssen unsere Mitglieder die durch den Streik entstandene Stimmung ausnützen.

In der Südwestecke Deutschlands. Die weltpolitischen Ereignisse sowie die Verhältnisse in Deutschland drachten es mit sich, daß eine Bewegung im Saargebiet fast unter Ausschluß der Öffentlichkeit vor sich ging, von der unter andern Verhältnissen die Arbeiterchaft der ganzen Kulturwelt (zu dieser Kulturwelt ist in diesem Falle Europa mitgezählt) Notiz genommen hätte. Nachdem von den

beiden Berg- und Metallarbeiterorganisationen schon seit Ende 1922 dem jetzigen Besitzer der preussischen und bayerischen Saargruben, der französischen Bergverwaltung, Lohnforderungen unterbreitet hatten, lehnte die Verwaltung in unbegreiflicher Kurzsichtigkeit diese berechtigten Forderungen ab. Erst Anfang Februar, nachdem die Erregung unter der Belegschaft auf das höchste gestiegen war, wollte die Bergverwaltung pro Schicht 3 Frcs. anstelle der geforderten 7 Frcs. bewilligen.

Dieses Angebot lehnten die Vertrauensmänner der Verbände in geheimer Abstimmung einstimmig güt ab. Da im Saargebiet jegliche Schlichtungsinstanzen fehlten, deren Spruch eine gesetzliche Bindung heißt, die französische Bergverwaltung übrigens ablehnte, vor einem Schlichtungsausschuß überhaupt zu erscheinen, blieb der Belegschaft keine andere Wahl, als in den Streik einzutreten. Am 5. Februar legte die Gesamtbelegschaft der Saargruben, 72 000 Berg- und Metallarbeiter, geschlossen die Arbeit nieder. Es würde zu weit führen, auf all die Neben- und Begleiterscheinungen dieses in der Arbeitergeschichte der Welt fast beispiellos bestehenden Kampfs hinzuweisen, auf all die Mittel, die von den verschiedensten Stellen, Bergverwaltung, Regierungskommission, Militär usw. angewandt wurden, um die Arbeiterschaft niederzuringen. Nicht aber allein diese Instanzen aber bekämpften die Arbeiterschaft, aus den eigenen Reihen entstandene Vertreter.

Zwei Sekretäre des sozialistischen Bergarbeiterverbandes traten während des Streiks aus diesem Verbaude aus, versuchten mit stiller Einwilligung der Verwaltung einen neuen Verband zu „gründen“, um mit diesem selben Gebilde und Ausgabe großer Geldmittel, deren Herkunft nicht zweifelhaft war, den Streik zu geschlagen. Alles aber war vergebens. Einig und geschlossen hielt die Belegschaft stand. Nach einer Dauer von 100 Streiktagen konnte der Kampf durch Verhandlungen beendet werden. Einem übermächtigen, harten Staatskapitalismus war es nicht möglich, die um ihr gutes Recht kämpfende Arbeiterschaft niederzuringen.

Die Belegschaften dieses Kampfes, an dem unser Christlicher Metallarbeiterverband mit erheblichen Mitgliederzahlen beteiligt war, trafen das gesamte Wirtschaftsleben an der Saar. Neben den 72 000 Berg- und Metallarbeitern der Saargruben waren noch ungefähr 40-50 000 Hütten- und Metallarbeiter der Schmelz- und Maschinenindustrie der Kerams- und Glas- sowie anderer kleiner Gewerbe arbeitslos. Sehr bezeichnend für das innige Verhältnis zwischen der französischen Bergverwaltung sowie demselben Brinkalkapital war das Verhalten der französischen Schwerindustrie. Schon ein Tag nach Streikausbruch ging J. B. das Dillinger Hüttenwerk dazu über, einem erheblichen Teil seiner Belegschaft zu kündigen. Andere Werke folgten. Mit diesen Maßnahmen erhoffte man das Gros der Arbeitslosen zu vermehren, die Organisationen zu belasten, um dadurch ein schnelles Ende des Streikes zu erreichen. Diese Berechnung konnte umjomehr Aussicht auf Erfolg haben, als die Arbeitslosenunterstützung im Saargebiet äußerst gering ist, trotz der entliehlichen Feuerung viel geringer als im Reich, und nur dann gezahlt wird, wenn die Arbeitslosigkeit eine Kriegsfolge darstellt.

Aber alle Berechnungen des Unternehmertums erwiesen sich als falsch. Die Metallarbeiter in der Hütten- und weiterverarbeitenden Eisenindustrie hielten Stand. Kein einziger ließ sich als Streikbrecher anwerben.

Als nun am 15. Mai die Arbeit auf den Gruben wieder aufgenommen wurde, dauerte die Arbeitslosigkeit in der übrigen Industrie noch weiter an. Mangel an Rohstoffen, Transportwierigkeiten usw., machten einen geordneten Betrieb unmöglich. Nach einer vorübergehenden Besserung folgte die Krise von neuem ein. Diesmal am schärften in der weiterverarbeitenden Eisenindustrie. Daß diese ungünstige Situation sich auch in der Lohnfrage auswirkt, ist eine bedauerliche Tatsache, gegen welche die Organisation verfehlt, mit aller Macht anzukämpfen. Dem entschlossenen Vorgehen der Organisationen gelang es, nicht nur den imolge der Krise drohenden Lohnabbau abzuwehren, sondern auch noch eine weitere Lohnherabsetzung für die Kollegen der Schmelz- und weiterverarbeitenden Eisenindustrie zu erkämpfen. Ob dieser Erfolg auch von den Kollegen gebührend gewürdigt wird, ist eine andere Frage. Auch in der angrenzenden Pfalz sind die Verhältnisse in der Industrie denkbar ungünstig. In Zweibrücken, Kaiserslautern usw. wirkten sich die Verkehrswierigkeiten, ebenso die durch die politischen Umstände geschaffenen Verhältnisse sehr scharf aus. Den Tausenden von Arbeitern, die in der Pfalz wohnen und im Saargebiet arbeiten, hält es schwer, nach ihrer Arbeitsstelle im Saargebiet zu gelangen. Von der Arbeitslosigkeit sind dieselben in erster Linie betroffen. In der Pfalz selbst finden diese Kollegen keine Arbeit, auch wäre ein Verbleiben d. selbst aus dem Saargebiet nicht erwünscht. Nur eine Besserung der politischen Verhältnisse kann hier Wendung schaffen.

Über auch die Lohnfrage im Saargebiet im Interesse der gesamten Kollegen in Vordergründig stehen muß, so darf andererseits nicht vergessen werden, daß es im Saargebiet besonders die logisch-politischen und arbeitsrechtlichen Belange sind, die unter keinen Umständen vernachlässigt werden dürfen.

Die von unserem Christlichen Metallarbeiterverband vor allem andern eingeleiteten Schritte werden mit aller Energie weiter fortgesetzt werden. In den Kollegen selbst liegt es, durch Stärkung des Verbandes, Ausbau nach innen und außen den Verband zu einem Instrument zu machen, das sich gegenüber allen Erbsüßnissen durchsetzt. Organisation heißt im Saargebiet mehr als sonst irgendwo Macht. Macht aber heißt Freiheit: nicht allein wirtschaftlich. Richten wir uns darnach ein.

Ein neues Gewand des Sozialismus?

Vom Reden Dr. Kiehl

II.

Der Sozialismus versucht, sich in ein neues Gewand zu hüllen und sich gewissermaßen als den Erben des Christentums darzustellen. „Christentum und Sozialismus ist identisch“, so lautet die neue Parole, mit der man Dumme jangen möchte. Bereits in Nr. 28/29 hat Domdekan Dr. Kiehl auf die unüberbrückbaren Unterschiede zwischen Christentum und Sozialismus hingewiesen und gezeigt, daß christlich-ethische Weltanschauung und materialistische Geschichtsauffassung niemals vereinbar sind.

Wie schon Marx selbst, so hat auch der bedeutendste sozialistische Theoretiker der neuesten Zeit, Karl Kautsky, den Satz, Religion sei Privatsache, bekämpft. Er sagt wörtlich: „Für den wirklich religiösen Menschen kann die Religion niemals Privatsache sein, sondern ist dieselbe stets die wichtigste, gesellschaftliche Angelegenheit.“ Die konsequentesten Marxisten sind deshalb ohne Zweifel auch in diesem Punkte die Volksgewissten, welche in Petersburg an eine Kirche das Wort von Marx schrieben: „Religion ist Opium für das Volk.“ Zwar sucht Ed. Diez den Sinn dieses Wortes abzuschwächen, indem er sagt, Opium sei ein Segen in der Hand des Arztes, aber Gift in der Hand des Stumpers. Allein so hat es Marx nicht gemeint. Allerdings nennt er die Religion auch das Gemüt einer herzlosen Welt. Aber er läßt keinen Zweifel, was er sagen will: Religion ist der Widerschein des wirtschaftlichen Elendes. Ist das Elend gehoben, dann verschwindet die Religion.

Indem also die neue Parteifundgebung an der materialistischen Geschichtsauffassung ausdrücklich festhält, muß sie auch an dem Grundsatze des wissenschaftlichen Sozialismus festhalten, daß eine sozialistische Gesellschaftsordnung zur Aufhebung der Religion in jeder Form führen müßte. Alle großen Führer des Sozialismus haben das Neutralitätsprogramm dahin erklärt, daß die Religion im Einzelnen nicht deshalb bekämpft werden solle, weil es der Parteipropaganda zur Zeit noch förderlicher ist, die Religion von selbst absterben zu lassen, was nach dem wissenschaftlichen Sozialismus mit dem wirtschaftlichen Fortschritte ohnehin unfehlbar eintreten müßte. Daß für diesen Zustand der Ausdruck „Religion ist Privatsache“, ein ehrlicher und ungenügender Ausdruck sei, wird kaum ein Vertreter des wissenschaftlichen Sozialismus zugeben wollen.

Deshalb muß auch die neue Parteifundgebung sich naturgemäß in Widerspruch setzen. Einerseits wird die Kirche noch als einer der höchsten Träger geistiger Kultur angesehen und werden die Verdienste der Klöster um die Rettung der absterbenden Völkern und Kunst geieiert. Andererseits heißt sofort wieder jene lebensgefährliche Kritik der Kirche durch, welche nur in der angeblich kommunistisch-revolutionären Foesen des Christentums etwas Gutes sehen, da gegen alle weitere Einwirkung des Christentums nur als machtpolitische Begünstigung des Kapitalismus anerkennen will. All die trüben Jahrhunderte des Mittelalters hindurch ist der geistigste Menschheitsstand wie ein Gott der Nacht und Vernichtung über den Menschen vorangegangen.

Nun hat die neue Parteifundgebung, statt sich mit allen den alten Bodensätzen christlich-ethischen Fröhenfertums auszusäufieren, nicht lieber auf den Ruf der Genossen Vern-

hard Wente von Dresden gehört, welcher im Kriege in der „Neuen Zeit“ es als unehrlich erklärte, Kirche und Religion als zwei schroff einander gegenüberstehende Mächte zu scheiden? Die Kirche, sagte Wente mit Recht, ist nichts, als die Organisation derer, die an eine überirdische Welt glauben. Wente fordert, und mit Recht, daß die Partei offen und ehrlich sagen müsse, was die Religion nach sozialistischer Auffassung sei, daß die Partei den Massen die Anschauung ihrer großen Führer nicht vorenthalten dürfe, wonach Christentum und Sozialismus unvereinbar sind wie Wasser und Feuer, daß deshalb die Partei zum Austritt aus allen Kirchen und Tempeln ohne Unterschied der äußeren Ausmachung aufordern müsse, daß die Partei offen und ehrlich sagen müsse, der Sieg des Sozialismus bedeute logisch notwendig den Untergang der vom Christentum vertretenen Lehre. Statt dessen spricht die neue Parteifundgebung von den Schätzen des Gemütes, die in der Religion liegen und welche der Sozialismus unangefastet lasse, von den über jede Debatte erhabenen, religiösen Ueberzeugungen, und unterscheidet von diesen die zeitlichen, der Fehlbareit unterworfenen Einrichtungen der Kirche, spricht also direkt aus, daß es einen Schatz von ewigen Wahrheiten in der Religion gebe. Das könnte uns natürlich nur recht sein. Ob aber der wissenschaftliche Sozialismus das anerkenn, bezweifeln wir. Wenn nicht, dann ist die Ausdrucksweise der Kundgebung zweideutig bis zum Äußersten.

Die Kundgebung ruft aus: „Man nenne uns den Gottesmann, der in der Nachfolge Jesu Christi die Tische der Krämer und Wechler umgestoßen und mit der Fehel des Jornes den Tempel unseres Volkstums gereinigt hätte von der mammonistischen Pest!“

Darauf können wir leicht antworten: Zu allen Zeiten hat die Kirche ihre Kräfte gegen den Kapitalismus erhoben. Man lese den herzerregenden Mahnschrei des Apostels Jakobus im 5. Kapitel seines Briefes) über die Reichen! Man lese die jurchdringenden Anklagen des heiligen Ambrosius gegen das Wucherkapital in seinen Büchern über Nabuth und Tobias! Man erinnere sich, wie Basille, einer der Gründer des Sozialismus, in seiner lehn Rede 1864 sich auf Bischof Ketteler berief, „den man am Rhein wie einen Heiligen verehrt!“ Man denke an die Erzählta Rezum novarum Leos XIII., welche so aufstichtige Liebe zum Arbeiterstand atmet! Sie alle feiern das Beispiel des heiligen Christophorus, welcher der Kaiserin Eudogia den Eintritt in die Kirche verwehrete, weil sie einer armen Witwe ihren Weinberg nahm.

Wenn der Sozialismus nichts anderes wollte, als wie die Kundgebung es ausdrückt, die Ausbreitung eines mäßigen und strengen, aber behaglichen und sicheren Lebenszustandes über eine möglichst breite Fläche des Volkes, als den Kampf gegen den raffinierten Zivilisationsapparat des Kapitalismus auf der einen, gegen Hunger und Elend der Massen auf der anderen Seite, dann müßte das Christentum mit Niedrigen nahmen in das sozialistische Lager übergeben: dann müßte der allgemeine Schlußstrich in der Tat, wie der Sozialistenführer Diez es fordert, heute lauten: „Christliche Sitte in die Sozialdemokratie, Sozialdemokratie hinein in die Kirche!“

Bekanntmachungen

Da die Beiträge immer für die folgende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, 12. August, der 33. Wochenbeitrag für die Woche vom 12.—19. August, und Sonntag, 19. August, der 34. Wochenbeitrag für die Woche vom 19.—26. August fällig.

Sonstige Anzeigen

Suche per sofort tüchtigen selbständigen
Ziseleur
für Kunst-Guss und Bronze-Figuren, sowie einen gewandten
Stahlgraveur
für Medaillen- und Abzeichen-Stempel. Ledige werden wegen Wohnraummangel bevorzugt.
Carl Poellath, Hübner- u. Präzisionsfabrik, Eisenhüttenwerk, Scharnhubensstr. 66b.

Rechnen für Metallarbeiter

Zum Gebrauche der gewerkschaftlichen Schlichter und zum Selbstbenutzen (Herausg. von P. B. ... W. ... und A. ...)
Oskar Leiner, Buchhandlung & Technik
Leipzig, Königsstr. 26 B.